

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 23. August 2025 • Nr. 195 / 34 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,20 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

Grüne offen für Vorschläge zum Wahlrecht

tnie. FRANKFURT. Die Grünen zeigen sich bereit für parteiübergreifende Gespräche über eine weitere Wahlrechtsreform. „Wir sind offen und schauen uns an, was da auf den Tisch gelegt wird“, sagte der Grünen-Rechtspolitiker Till Steffen der F.A.Z. „Es bleibt abzuwarten, wann Union und SPD in die Pötte kommen. Sie wollten vor der Sommerpause die Wahlrechtskommission einrichten“, sagte der Bundestagsabgeordnete mit Blick auf das „Sofortprogramm“ der Bundesregierung. „Wir sind jetzt deutlich im zweiten Halbjahr.“ Steffen war einer der zentralen Ideengeber für das von der Ampelregierung beschlossene Wahlrecht, von dem er sich nach wie vor überzeugt zeigt. Es sieht keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr vor, sodass manche Wahlkreissieger nicht mehr in den Bundestag einziehen. Einer der Leidtragenden bei der Bundestagswahl war der Direktkandidat Leopold Born. Der Generalsekretär der hessischen CDU spricht von einer „Ungerechtigkeit“ und sagte der F.A.Z., „das verkorkste Ampelwahlrecht“ müsse reformiert werden. Denkbar sei etwa eine Reduzierung der Zahl der Wahlkreise von 299 auf 270. Das Wahlrecht kann mit einfacher Mehrheit, also ohne Stimmen der Opposition, geändert werden. (Siehe Seite 4.)

Kann da Freundschaft wachsen?

Auf Zypern treffen junge Israelis auf Palästinenser. Viele haben schon jemanden im Nahostkonflikt verloren. Politik, Seite 3

Kinderarmes Thüringen

Warum hat ein Bundesland, in dem die Kinderbetreuung gut ausgebaut ist, eine der niedrigsten Geburtenraten? Zeitgeschehen, Seite 8

Bahn fahren – aber richtig

Der Qualitätssatiriker Hans Zippert schreibt, warum bei der Bahn die erste Klasse auch nicht mehr ist, was sie nie war. Feuilleton, Seite 11

Zukunft der Bankenwelt

Erst setzte N26 neue Maßstäbe im digitalen Banking, dann wurden sie selbst überholt. Wer setzt jetzt die Trends? Finanzen, Seite 25

Der Wind von gestern

Von einem der faszinierendsten Teams sind nur noch Fragmente übrig. Schafft Bayer Leverkusen es, sich neu zu erfinden? Sport, Seite 32

Wie altert das Gehirn?

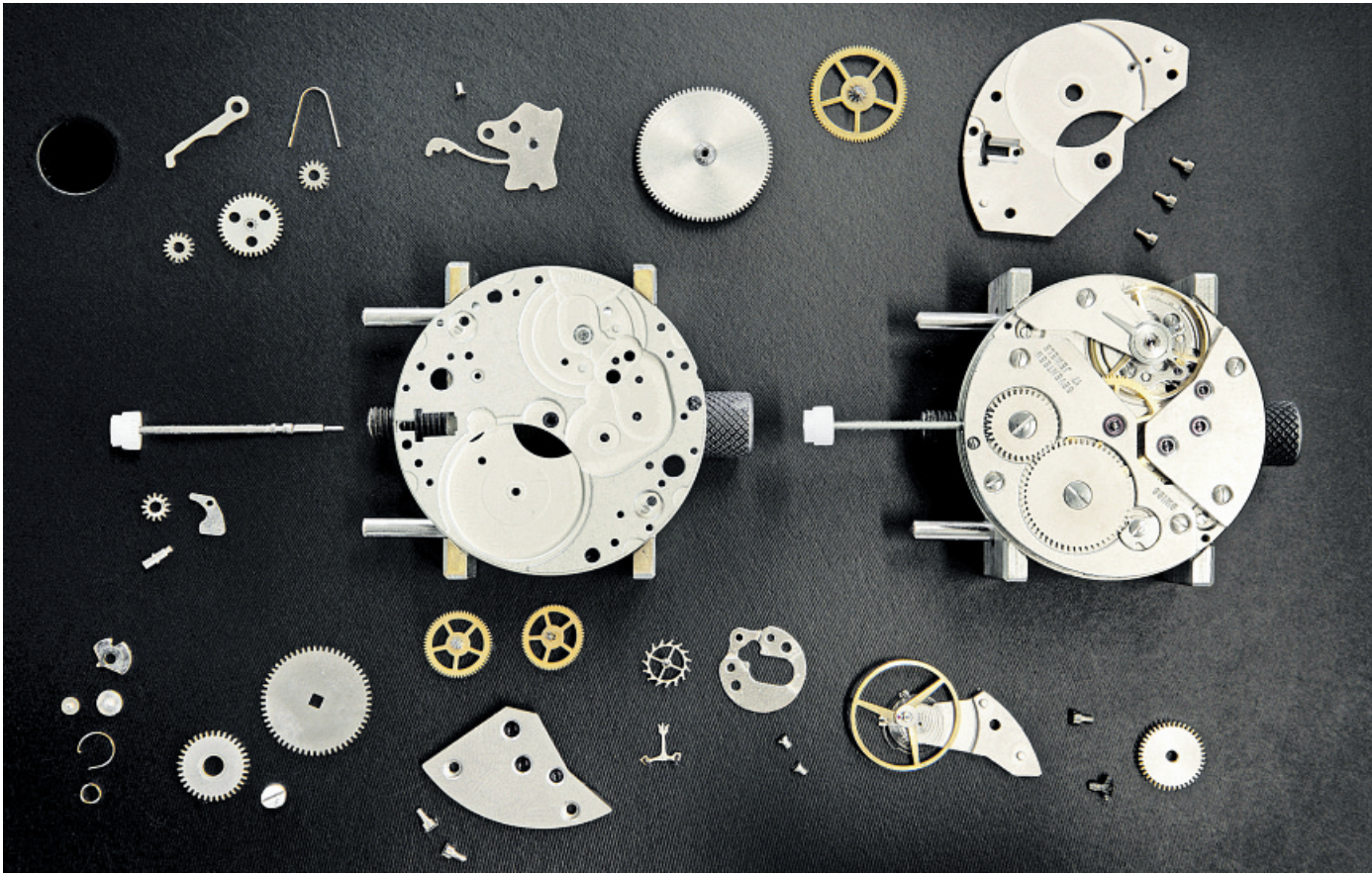
Der Neurobiologe Martin Korte hat gute Nachrichten für Beschäftigte ab 50 und Tipps, wie sie fit im Kopf bleiben. Beruf und Chance, Seite 29

Briefe an die Herausgeber, Seite 27

Betrugsstrafe gegen Trump aufgehoben

lid. NEW YORK. In einem viel beachteten Betrugsverfahren hat US-Präsident Donald Trump einen Erfolg erzielt: Ein New Yorker Berufungsgericht hat eine Geldstrafe von rund 500 Millionen Dollar aufgehoben, zu der Trump im vergangenen Jahr wegen überhöhter Bewertung von Immobilien verurteilt worden war. Die Richter nannten die Summe „exzessiv“, rüttelten aber nicht an der zugrunde liegenden Entscheidung, wonach Trump Betrug begangen habe. Der Fall wird womöglich durch weitere Instanzen gehen. (Siehe Wirtschaft, Seite 22.)

Unter Zeitdruck



39 Prozent – Trumps hohe Zollsätze gegen die Schweiz treffen besonders jene Unternehmen, die vor allem im Land selbst produzieren – und deren Marken von ihrer Schweizer Herkunft leben. Neben Schokolade und Taschenmessern sind das vor allem Uhren. Für die Manufakturen, in denen viele

Einzelteile zu fertigen Uhrwerken zusammengefügt werden, sind die USA der größte Absatzmarkt. Manche hoffen auf Gegenmaßnahmen, doch die hält man in Bern nicht für sinnvoll. Man hat in Washington stattdessen eine „optimierte Offerte“ hinterlegt. Seite 19 Foto Berthold Steinhilber/Lauf

Wirtschaftsleistung schrumpft im zweiten Quartal stärker als erwartet

Sinkender Export und ausbleibende Investitionen / Reiche mahnt Reformen an

pwe. FRANKFURT. Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im zweiten Quartal stärker geschrumpft als bislang angenommen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte im Zeitraum von April bis Juni inflationsbereinigt um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal und damit stärker als die zuvor vom Statistischen Bundesamt genannten minus 0,1 Prozent. Als Grund für die Korrektur ihrer früheren Einschätzung führten die Statistiker am Freitag vor allem eine schlechtere Entwicklung der Industrieproduktion an. Im gesamten ersten Halbjahr hat die Wirtschaft damit stagniert, nach zwei Jahren der Rezession. Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) sprach von dringendem Handlungsbedarf, um den Weg zurück zu stabilem Wachstum zu erreichen.

Sie mahnte zügige und mutige Struktur-reformen an wie eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, eine Dämpfung der Lohnnebenkosten, den Abbau bürokratischer Hürden und die Senkung der Energiepreise. Reiche wandte sich zugleich gegen Steuererhöhungen. „Wir müssen über weitere Senkungen, nicht Erhöhungen der Steuerlast sprechen“, erklärte sie. Als Wachstumsbremse erwies sich zuletzt neben dem sinkenden Export vor allem die ausbleibende Investitionstätigkeit. Die Bauinvestitionen gingen um 2,1 Prozent zurück, die Ausrüstungsinvestitionen von Unternehmen sanken um 1,9 Prozent. Positive Impulse kamen im zweiten Quartal vom Staat, der seinen Konsum um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal erhöhte. Die privaten Verbrau-

cher hielten sich zurück und steigerten ihren Konsum nur um 0,1 Prozent. Volkswirte setzen fast einhellig darauf, dass die Konjunktur im zweiten Halbjahr allmählich wieder in Schwung kommt. Im kommenden Jahr sollen dann die großen staatlichen Ausgaben für Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur für An-schub sorgen. Das BIP sollte dann um ein Prozent oder mehr zulegen. Skeptischer hatte sich zuletzt die Deutsche Bundesbank geäußert, die für das dritte Quartal kein Wachstum erwartet. Sie hatte auf die trüben Aussichten für den Welthandel, die noch schwache Auf-tragslage und die niedrige Auslastung vorhandener Kapazitäten verwiesen, die die Investitionen bremsen. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)

Hungersnot in Gaza-Stadt erklärt

IPC-Bericht: Inakzeptable Eskalation / Netanjahu genehmigt Gaza-Offensive

cbs. FRANKFURT. Zum ersten Mal seit Beginn des Gazakriegs wurde in Teilen des Küstenstreifens eine Hungersnot erklärt. Vor allem in und um Gaza-Stadt würden weite Teile der Bewohner akut unter Mangelernährung leiden, heißt es in dem jüngsten Bericht der internationalen Initiative „Integrated Food Security Phase Classification“ (IPC) von Freitag. Fachleute beobachten für IPC weltweit Ernährungssicherheit und stufen Gebiete in fünf Phasen ein. Gaza-Stadt befindet sich nun in der höchsten. Auch in den Gebieten um Khan Yunis und Deir al-Balah warnt IPC vor einer baldigen Hochstufung: Eine Hungersnot könnte dort im kommenden Monat festgestellt werden. Nördlich von Gaza-Stadt vermutet der Bericht die schlechteste Ernährungslage. Das Gebiet

sei allerdings für eine genaue Lagebeurteilung nicht zugänglich. „Die Zeit für Debatten und Zögern ist vorbei, der Hunger ist da und breitet sich rasch aus“, heißt es. „Jede weitere Verzögerung – selbst um Tage – wird zu einer völlig inakzeptablen Eskalation der Hungersnot-bedingten Sterblichkeit führen.“ Auch die Vereinten Nationen haben nach Veröffentlichung des IPC-Berichts eine Hungersnot in Gaza-Stadt erklärt. Diese müsse um jeden Preis gestoppt werden, teilten UN-Organisationen am Freitag mit. Sie forderten einen sofortigen Waffenstillstand. Sie seien „auch zutiefst besorgt über die Gefahr einer verstärkten Militäroffensive in Gaza-Stadt und eine Eskalation des Konflikts“, heißt es in der Mitteilung.

Am Donnerstagabend hatte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bei einem Besuch im Gazastreifen angekündigt, er habe Pläne der israelischen Armee zur Eroberung von Gaza-Stadt genehmigt. Zudem habe er angeordnet, dass Verhandlungen mit der Hamas zur Freilassung aller verbliebenen Geiseln in dem Küstenstreifen und zum Ende des Krieges „unter für Israel akzeptablen Bedingungen“ aufgenommen werden sollen. Anfang der Woche hatte die Hamas einen Vorschlag zu einer vorübergehenden Waffenruhe angenommen, der die Freilassung eines Teils der vermutlich etwa 20 noch lebenden Geiseln vorsieht. Offiziell hat Israel dem Vorschlag bislang weder zugestimmt noch ihn abgelehnt. (Siehe Seite 2 und Feuilleton, Seite 9; Kommentar Seite 8.)

Klingbeil fordert Einsparvorschläge

dc. BERLIN. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat einen dringenden Sparaufruf an alle Ministerien gerichtet, um eine Lücke von mehr als 30 Milliarden Euro in der Haushaltsplanung für 2027 zu schließen. Er erwarte „von allen Ressorts substanzielle Vorschläge zur Konsolidierung des Bundeshaushalts“, schrieb er in einem am Freitag bekannt gewordenen Brief an die Ressorts. Dies schließe auch solche Ausgabenkürzungen ein, für die zuvor Gesetze geändert werden müssten. Die regierungsinternen Gespräche über den Etat 2027 sollen schon im September beginnen. (Siehe Wirtschaft, Seite 18.)

Bremer Bildungssenatorin tritt zurück

bin. HANNOVER. Die Bremer Bildungs-senatorin Sascha Aulepp hat am Freitag ihren Rücktritt angekündigt. Der Schritt der SPD-Politikerin, die seit 2021 Senatorin war, wird auch auf fehlenden politischen Rückhalt zurückgeführt. Aulepps Rückzug ist Teil eines größeren personellen Umbaus in der Bremer SPD. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Wiebke Winter sprach von einem bekannten Schema von Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), zwei Jahre vor den nächsten Wahlen die Bildungssenatorin auszutauschen, um Bremens schlechtes Abschneiden bei Vergleichungen zu kaschieren.

Trauer um getöteten Polizisten im Saarland

tist. WIESBADEN. Bei einem Raubüberfall auf eine Tankstelle am Donnerstagabend im saarländischen Völklingen ist ein Polizist getötet worden. Zwei Beamte verfolgten den Flüchtigen, mit dem es offenbar zu einem Handgemenge kam. Der Täter soll laut der Polizei die Dienstwaffe eines Beamten ergriffen und damit mehrmals geschossen haben. Ein 34 Jahre alter Polizist starb im Krankenhaus. Der 18 Jahre alte Schütze überlebte ohne lebensgefährliche Verletzungen. Am Freitagabend war in Völklingen eine Andacht für den Getöteten geplant. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Abbild der Jammereikultur

Von Jasper von Altenbockum

Der deutsche Patient lässt sich nicht mit dem Zauberstab wieder in ein Kraftpaket verwandeln. Insofern waren und sind die Erwartungen zu hoch gesteckt, dass die Regierung Merz binnen Monaten reparieren kann, was in den Jahren zuvor versäumt wurde. Dass die deutsche Wirtschaft, wie sich jetzt herausstellt, tiefer und länger in der Rezession steckt als angenommen, liegt nicht nur an Handelskriegen und dem Stolperstart der Koalition. Der Karren war wohl einfach viel tiefer im Dreck, als das Politiker und Ökonomen wahrhaben wollten. Schulden, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherungen, Rezession – der einzige Lichtblick in trüben Zahlen ist ein Staatsdefizit, das wesentlich niedriger ausfällt, als zu erwarten wäre.

Es ist zu befürchten, dass sich die Beharrungskräfte in der Koalition an diesen Lichtblick klammern werden und ansonsten vom Motto der Gesundheitsbetreuer leiten lassen: Nicht jetzt, aber 2026 wird gewiss alles besser werden. Die in die Wege geleiteten Entlastungen und Zugeständnisse an

Unternehmen und Privathaushalte lassen aber daran zweifeln, ob das Ruder herumgerissen werden kann. Die Koalition hat sich mit Sonderschulden zwar viel Luft verschafft, wirklich handlungsfähiger ist sie dadurch nicht geworden. Dafür fehlen Kraft und Wille – in der SPD, weil sie Reformen à la Agenda 2010 fürchtet wie der Teufel das Weihwasser; in der CDU/CSU, weil „Merz macht’s“ nicht reicht, um im Koalitionsvertrag etwas anderes zu sehen als einen Klotz am Bein.

Bislang ist es der Regierung Merz nicht gelungen, ihre Politik mit der Stimmung, die sie im Land verbreiten will, in Einklang zu bringen. Die Koalition ist vielmehr ein Abbild der Jammereikultur, die zu einem deutschen Signum geworden ist. Aufgabe der Koalition wäre es, die Zeitenwende auch im Inneren zu vollziehen: Was wirklich wichtig ist, muss neu festgelegt werden. Das hat Scholz versäumt, und auch das Merz-Kabinett droht den Augenblick zu verpassen. Das Warten auf den Aufschwung ist deshalb zum vergeblichen Warten auf den Wechsel geworden, der versprochen wurde.

Im Frühstau zu Berge

Von Bernd Steinle

Die Schauplätze wechseln, das Problem bleibt. Zuletzt war es in Südtirol zu beobachten: Im Internet kursierten Bilder, auf denen Hunderte Touristen zu sehen waren, die in einer schier endlosen Schlange vor der Seilbahnstation zur Seceda im Grödnertal auf die Auf-fahrt warteten – im Frühstau zu Berge. Die Bilder gaben einer Debatte neue Nahrung, die nicht nur dort seit Langem schwelt. Lokalpolitiker klagen über unhaltbare Zustände durch die Besuchermengen und sehen die Grenzen des Zumutbaren erreicht. Einheimische ärgern sich über vermüllte Wiesen und Fototouristen, die bedenkenlos jegliche Privatsphäre missachten. Aktivisten setzen drastische Zeichen, indem sie „Tourists Go Home“-Schriftzüge in einer Region verbreiten, die vom Tourismus lebt. Oder sie stellen – wie am Seceda-Weg – am Berg ein Drehkreuz samt Münzautomat für Wanderer auf. Als Symbol für die Überlastung von Mensch, Umwelt, Infrastruktur.

Die Nerven liegen blank an manchen Orten in den Alpen, gerade in der Haupturlaubszeit, wenn angenehme Temperaturen Touristen in die Berge locken. Viele von ihnen suchen die Entschleunigung, schätzen die Kraft der Natur, um den Menschen zu erden und zur Ruhe zu bringen. Tatsächlich aber ist der Ansturm zuweilen so groß, dass die Natur nicht mehr den Menschen verändert, sondern eher der Mensch die Natur.

Eine unheilvolle Rolle spielen dabei Internetplattformen – wie das Beispiel Seceda zeigt. Spektakuläre Bilder und Beiträge, in diesem Fall der begehrte Blick auf die Geisler-spitzen, wecken den Wunsch, genau dieses Foto auf genau diese Weise nachzuahmen: dieses Motiv, von diesem Punkt, in diesem Licht. Ein anderes Bilderbuchbeispiel für dieses Phänomen ist der Königsbach-Wasserfall bei Berchtesgaden. Das Foto einer Influencerin in einer Gumpo, mit schwindelerregendem Blick auf See und Berge, hatte dort einst Horden von Selfietouristen auf den Plan gerufen. Sie hinterließen Müll, ignorierten Risiken, zertrampelten Vegetation. Die Folge: Seit Juni 2021 ist das Gebiet um die Gumpen weiträumig gesperrt.

Es sind solche Orte, an denen sich die Lage am stärksten zuspitzt: am Eibsee in Oberbayern, am Schrecksee im Allgäu, am Prager Wildsee in Südtirol. Der Grund ist einfach. Früher waren es ein paar Freunde, denen man von einem besonderen Ort erzählte, heute erzählt man davon der ganzen Welt. Plattformen wie Instagram wirken wie ein Megafon: Geht ein Bild viral, folgen die Follower auf dem Fuße. Das System verstärkt sich selbst, und es geht nicht um den Berg, es geht ums Bild.

Das wäre für sich genommen noch kein Problem. Nur hat die Massenbewegung praktische Folgen: Bergre-tter berichten von immer häufigeren Einsätzen, weil viele sich in falscher Selbsteinschätzung zu Touren verleiten lassen, denen sie nicht gewachsen sind. Einwohner, die an solchen Brennpunkten zu Hause sind, erkennen ihre eigene Heimat nicht mehr, fühlen sich fremd im eigenen Dorf.

Für all das nur das Internet verantwortlich zu machen, greift zu kurz. Seit der Corona-Pandemie ist das Interesse an den Bergen gestiegen, die bessere Ausrüstung ebnet mehr Menschen den Weg dorthin, per E-Bike etwa, und viele fahren heute kürzer, dafür aber häufiger in den Bergurlaub. Zusammenge-nom-

Die Alpen müssen nicht zum Erlebnispark werden. Es gibt längst bessere Ideen.

men führt das dazu, dass die Schmerzgrenze immer häufiger überschritten wird. Dass neue Lösungen nötig sind.

Verbote können nur das letzte Mittel sein. Eine Kontingentierung, wie sie in amerikanischen Nationalparks praktiziert wird und auch am Prager Wildsee gilt, wo Parkplätze in der Hochsaison online reserviert werden müssen, begrenzt immerhin die Belastung an Spitzentagen. Die Aufklärungsarbeit der Alpenvereine, das Bemühen, wenig bergerfahrene Besucher für umweltverträgliches Verhalten zu sensibilisieren, ist ebenso wichtig wie eine bessere Lenkung der Besucher, etwa durch Hüttenreservierungs- oder Parkleitsysteme. Schließlich gibt es noch immer viele Gebiete in den Alpen, in denen man fast allein unterwegs sein kann.

Bei der Förderung neuer Projekte müssen daher die richtigen Anreize gesetzt werden. Die bestehen nicht darin, immer mehr Infrastruktur für immer leichteren Zugang in die Berge zu schaffen, der dann genau die Probleme schafft, die mit großem Aufwand reguliert werden müssen. Nicht jeder Komfortanspruch muss erfüllt werden, die Berge müssen nicht zum Erlebnispark werden.

Bei der Entwicklung des Bergtourismus sollte vielmehr die Schonung von Natur- und Kulturlandschaft ganz oben stehen – wie es die Alpenvereins-Initiative „Bergsteigerdörfer“ vornimmt, bei der naturnaher, ressourcenschonender Tourismus ausgezeichnet wird. Das Villgratental in Österreich etwa warb schon vor Jahren mit dem Satz: „Kommen Sie zu uns, wir haben nichts.“ Ein herrlicher Gedanke.



4 190295 404204 6 0 0 3 4

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 5,00 € / Kanaren, Balearen 5,20 € / Schweiz 6,00 sfrs